

Briefwechsel zwischen Eugenbergs und Bayern

Der Kanzler vertritt Erlass und Milderung der Notverordnungen durch neue Gesetze

Berlin, 27. Juli. Wechselt Dr. Eugenbergs hat an den Kanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Das wir nicht parlamentarisch eingeklinkt sind, wissen Sie. Daraus folgt schon, daß wir nicht den Wunsch haben, mit parlamentarischen Mitteln einem von der Autorität des Reichspräsidenten getragenen, sich vom bisherigen Regierungssystem abwendenden Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten.“

Wir haben aber auf der anderen Seite eine Mitspracherechtigkeit für die nationale Bewegung.

Das ist der Grund der nachfolgenden Kritik an zwei Maßnahmen Ihrer Regierung: Notverordnung vom 14. Juni 1932 und Abschluß des Vertrages von Lausanne. Wir begrüßen es, daß nunmehr in Übereinstimmung mit unserer Auffassung durch Ihre Einsetzung als Reichskommissar der unerlässliche Schritt zur Lösung der innerpolitischen Nachfrage getan ist. Die Energie, mit der die ersten Maßnahmen durchgeführt worden sind, hatte den Erfolg eines komplizierten Juristenspiels der bisherigen preussischen Nachbarn. Anders liegt es mit den oben bezeichneten beiden Vorhängen. Ich weiß, daß die Regierung Brünning in einem Augenblick zurückgetreten ist, in dem die öffentlichen Kassen leer waren und Deutschland bankrott. Sie, Herr Reichskanzler, haben ein Trümmerfeld übernommen.

Trotzdem können wir der Art nicht zustimmen, in der die Finanzfrage angefaßt worden ist.

Wir legen Wert darauf, loyal das einzuhalten, was wir zur Zeit des Youngplans versprochen haben: Unterleits nicht dazu beizutragen, daß Volk durch den Youngplan verelendet zu lassen. Deshalb können wir die Finanzmaßnahmen der Notverordnung vom 14. Juni 1932, wie sie jetzt schon ausgesprochen, nicht gutheißen. Die Notverordnung enthält Härten, die bei vielen Betroffenen eine verwerfliche Lage erzeugen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie, sehr geehrter Herr Reichskanzler, eine gewisse, Ihren Auffassungen entsprechende baldige Erklärung in Erwägung zögen.

Daß die fragliche unhaltbare Notverordnung, die im wesentlichen noch auf Brünning'schen Vorarbeiten beruht und ebenso alle anderen Brünning'schen Notverordnungen von der jetzigen Regierung nicht aufrechterhalten werden sollen.

Ich nehme an, daß hinzugefügt werden kann, daß die Vorarbeiten zu ihrer Aufhebung, das heißt zu ihrem Erlass durch zusammenfassende, die Härten beseitigende und den Verordnungsinhalt nach der positiven Seite hin ergänzende Gesetze bereits im Gange sind. Der erste sofortige Schritt zur Beseitigung unnötiger Härten müßte auf Grund eines Zusammenwirkens der Reichs- und der preussischen Regierung, die Aufhebung der preussischen Finanzverordnung vom 8. Juni 1932 sein.

Der jetzige Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist um so unbefriedigender, als damit zunächst keinelei aufbauende Maßregel verbunden waren. Auf solche wartet das ganze Volk. Nach meiner Auffassung ist die dringendste Maßnahme eine grundlegende und jeden

künftigen Eingriff in die Privatschuldverhältnisse abschließende Regelung der bestehenden Schuldverhältnisse.

Ich habe mich in dieser Beziehung mehrfach öffentlich geäußert und werde in den nächsten Tagen noch weitere Vorschläge machen. Mit diesen Vorschlägen wäre der deutschen Wirtschaft ohne ein eigentliches Notatorium eine neue sichere Grundlage und die Möglichkeit eines vom Ausland unabhängigen tragbaren deutschen Finanzwesens sowie in Verbindung mit anderen dringend erforderlichen wirtschaftlichen Maßnahmen die Aussicht auf Erholung gegeben.

Mit einem sofortigen Vorgehen dieser Art würden auch die Gefahren grobenteils abgedehnt sein, die mit dem Ergebnis von Lausanne verknüpft sind.

Wir wissen, daß auch dieses durch die Unterlassenschaft des Kabinetts Brünning hart beeinträchtigt war. Aber schon der Mißbrauch, den jetzt Zentrum und Sozialdemokratie mit Lausanne treiben, zeigt, daß unser Widerstand berechtigt war. Sowohl für den Fall der Ratifizierung wie der Nichtratifizierung würde eine das Ausland und Inland umfassende autonome Schuldregelung eine neue für Deutschland tragbare Grundlage schaffen und zugleich den notwendigen Kampf um die deutsche Wehrhoheit und eine wirkliche europäische Abrüstung erleichtern.“

Die Antwort des Kanzlers

In seinem Antwortbrief an Dr. Eugenbergs Schreiben führt der Kanzler unter anderem folgendes aus: „Auf Ihr Schreiben vom 23. Juli, für das ich ergebenst danke, daß ich folgendes erwidern: Ich begrüße es lebhaft, daß die Arbeit der Reichsregierung bei Ihnen, sehr geehrter Herr Wechselt, und in den Kreisen Ihrer Anhänger Verständnis findet. Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichskabinetts zur Sicherung der öffentlichen Haushalte und zur Erhaltung der Sozialversicherung eine schwere Belastung für das Reichskabinett in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellten. Bei der Lage, die das Reichskabinett nach Übernahme der Regierung vorfand, war aber zunächst kein anderer Entschluß möglich als der, die notwendigen Aufräumungsarbeiten ohne Zeitverlust und rücksichtslos durchzuführen.“

Die Aufräumarbeit wird darin bestehen müssen, aus dem bisher mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungswert eine nach einem einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspläne geregelte Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Härten zu beseitigen sein werden.

Hand in Hand damit wird eine tief einschneidende Verwaltungs- und Finanzreform geben müssen, durch die die Kosten des Verwaltungsapparates der öffentlichen Hand auf das Maß verringert, das der Verarmung Deutschlands entspricht. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen Schulden eine wichtige Rolle spielen wird.“

die meisten Zeitungen vorerst mehr Wert auf sensationelle Ueberschriften als auf sachliche Stellungnahme zu den Darlegungen des Ministers zu legen. Die Ankündigung von Schleichers, daß sich Deutschland unter gewissen Umständen gezwungen sehen könnte, einen Umbau seiner Wehrmacht ins Auge zu fassen, steht nahezu in allen Ueberschriften mehr oder minder richtig verstanden wieder.

„Dall's Expose“ spricht sogar von einer deutschen Rüstungsaktion und einer Herausforderung des Versailles Vertrags. „Dall's Expose“ weist zwar auf die mangelnde Sicherheit Deutschlands hin, scheint im übrigen aber die Rede Schleichers nur mangelhaft verstanden zu haben, da sie von einer offiziellen Ermächtigung der privaten Armeen sprechen zu können glaubt. Ausdrücklich behauptet „Dall's Expose“ mit der Rundfunkrede. Die Rede, so heißt das Blatt, mit ihren freilich freilich Angriffen auf Frankreich, mit ihren Zitaten von Neuheringen, von Georges, mit ihren unüberhöhlten Ankündigungen, daß Deutschland für seine eigene Sicherheit sorgen werde, wenn ihm Rüstungsabgelenkt verweigert bleibe, und ihrem herzhaften Lob der militärischen Tugenden werde nicht verfehlen, einen Widerhall weit über die Grenzen Deutschlands hinaus hervorzurufen.

Deutschland und der Konsultativvertrag

Stimmungsänderung in der französischen Presse

Paris, 27. Juli. Ein Teil der Pariser Presse beschäftigt sich noch einmal mit dem französisch-englischen Konsultativabkommen, das nunmehr nach dem Beitritt Deutschlands als für die französische Politik verhängnisvoll bezeichnet wird, nachdem es bisher stets als die Wiedergeburt der Entente cordiale gefeiert worden war. Das „Journal“ betont, der Beitritt Deutschlands befrächtige allein die Tatsache, daß das Abkommen nicht mit einer französisch-englischen Entente cordiale zu tun habe. Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“ kommt zu der Feststellung, daß man von ganz geringen Änderungen absehen, genau demselben Plan gegenüberstehe, den die Reichsregierung ursprünglich in Lausanne als Gegenleistung für die einmalige Abfindung gefordert hatte.

Dank dieses Abkommens werde es der Reichsregierung möglich sein, die Forderung auf militärische Gleichberechtigung auch außerhalb des Rahmens des Völkerbundes anzustellen.

und damit der sehr verwickelten Prozedur der Genfer Einigung zu entgehen, die die Annahme dieser Forderungen sehr problematisch gemacht hätte. Was die territorialen Forderungen der Reichsregierung anlangt, so hätten sie niemals Gegenstand von Beratungen zwischen Frankreich, Deutschland und England sein, sondern müßten stets im Rahmen einer großen Konferenz behandelt werden, zu der auch Polen, die Tschechoslowakei, Südslawen und Rumänien hinzugezogen würden.

Beschlüsse der Reichsregierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Juli. Das Reichskabinett hat heute einen Beschluß gefaßt, in dem unter Ausdeutung des vom Staatsgerichtshof am Montag gefällten Urteils den bisherigen preussischen Kabinettsmitgliedern sowie den Verfassungsräten, die ihres Amtes enthoben sind, unter der nicht mehr amtierenden Regierung aber als Reichsratsvertreter fungierten.

Das Recht, den preussischen Staat im Reichsrat zu vertreten, entzogen

wird. Die zur Beratung des Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung für heute Nachmittag anberaumte Sitzung ist auf den Donnerstag verlegt worden. Abgesehen davon ist die Behinderung einiger Reichsminister, sowie die noch nicht ganz erfolgte Fertigstellung bestimmter Referententwürfe. Wie an amtlicher Stelle zu hören ist, ist damit zu rechnen, daß Kabinettsbeschlüsse auf einigen Gebieten noch vor dem Wahlen in der nächsten Woche zu erwarten sind; das gilt insbesondere für die Neuordnung auf dem Gebiete des Rundfunks, wo die neuen Richtlinien wahrnehmbar am Freitag oder Sonnabend zur Veröffentlichung gelangen werden, sowie für bestimmte Teile des Wirtschaftsprogramms.

In einer Eingabe an die Reichsregierung verweist der Reichsratspräsident auf die Notwendigkeit, bei den kommenden Reichsratsarbeiten mindestens 50% der hierbei beschäftigten Arbeiter aus der Gruppe der Wohlhabenderwerblosen zu entnehmen, deren Zahl die der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung bereits erheblich übersteigt. Im Interesse der Gemeindefinanzen sei es dringend erforderlich, daß in erster Linie diese langfristigen Arbeitslosen beschäftigt werden, deren Unterbringung auf dem Arbeitsmarkt wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit ausnahmslos erscheint.

Lebhafter Widerhall der Schleicher-Rede

In- und ausländische Kommentare

Berlin, 27. Juli. Zu der Rundfunkrede des Reichswehrministers v. Schleicher wird von allen Berliner Blättern Stellung genommen. Die „D.N.Z.“ stellt fest, daß dieses Debüt des Reichswehrministers einen aussergewöhnlichen Eindruck gemacht habe. Besonders bemerkenswert sei die Ankündigung gewesen, Deutschland werde, um sich die unbedingt notwendige Sicherheit zu verschaffen, zum Umbau seiner Wehrmacht gezwungen sein. Der „Börsen-Courier“ hebt hervor, entscheidend bliebe die Versicherung, daß der Wehrminister nie zulassen werde, daß die Reichswehr eine Parteilinie werde. Das sei um so beruhigender, als die Rede beweise, daß dieser Mann wisse, was er wolle, und wiederum die Kraft in sich fühle, es zu verwirklichen. Die „Post“ betont, die Rede am Schluß der Rede, wo von der Ablehnung des Schutzes irgendwelcher Klassen oder Interessenten und der Deckung überlebiger Wirtschaftskrisen oder unhaltbarer Besitzverhältnisse gesprochen werde, werde man erst zu bewerten haben. Die „Deutsche Post“ bezeichnet die Rede als außenpolitisch wie innerpolitisch be-

deutlich. Außenpolitisch seien noch niemals aus dem Munde eines Ministers so treffende Worte gegen Frankreich und die Abrüstungsbescheide gefallen. Die Zentrums-„Germania“, die den Wortlaut der Rede nicht veröffentlicht, spricht von einer entzündenden Ministerrede und meint, sie habe an einzelnen Stellen jene überparteiliche Vornehmheit und Sachlichkeit vermissen lassen, die man bei Ministerreden unbedingt voraussetzen müsse.

Auch in Paris wird die Rundfunkrede Schleichers von der gesamten Presse in langen Auszügen, zum großen Teil sogar wörtlich, wiedergegeben.

Vorläufig beschränkt man sich noch auf eine kritische Wiedergabe der Erklärungen, läßt aber durchblicken, daß sie im Ausland ein sehr lebhaftes Echo finden würden. Das „Journal“ unterstreicht dabei ganz besonders die scharfe Kritik, die der Reichswehrminister an die Adresse Frankreichs richtete. Der „Matin“ bezeichnet die Ausführungen v. Schleichers als eine Fehdre gegen Frankreich.

Die ersten Kommentare der Londoner Blätter werden zwar an hervorragender Stelle gebracht, doch scheinen

Kunst und Wissenschaft

Probleme des deutschen Opernwachstums

Trotzdem eine Reihe von deutschen Bühnen ihren Opernbetrieb auflösen oder nur auf die Spieloper beschränken und dadurch eine Anzahl von Sängern frei wird, besteht andererseits bei den großen Opernhäusern eine gesteigerte Nachfrage nach bedeutenden Sängern und Darstellern. Besonders einige Häuser, wie das des Feldentensors, sind augenblicklich schwer oder gar nicht zufriedenstellend zu besetzen. Damit soll nicht gesagt sein, daß es keine jungen Vertreter dieses Rollenkreises gibt, aber es fehlen Persönlichkeiten, die etwa mit Künstlern vom Range eines Ernst Kraus, Grünig und Schmedders in Parallele gebracht werden können, an den führenden Opernbühnen Deutschlands ist meistens das Feldentensorsach von Vertretern der älteren Generation besetzt, so mit Soot in Berlin, Knote in München und Taucher in Dresden, und einen Urtius oder Kirchhoff rechnet man heute noch zu den Spitzen.

It nun der Stimmcharakter des Feldentensors im Verschwinden oder liegt dieser Mangel an anderen Momenten? Theaterleiter, Musiker, Stimmpädagogen und Kritiker sind sich einig darüber, daß eine schwere Krise des deutschen Sängernachwuchses eingetreten hat, eine Krise, die wiederum mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise eng verknüpft ist. Es fehlt heute den Studierenden meistens an Geld und Zeit, um ihr Stimmmaterial genügend und von Grund auf schulen zu lassen. Wenn ein Ernst Kraus beispielsweise keine Künstlerlaufbahn sofort als erster Feldentensor begann, so hatte er ein sechsjähriges Gesangsstudium hinter sich. Wer kann sich heute noch diesen Luxus erlauben? Zwei Jahre bedeuten den Durchschnitt, denn das für das Studium angelegte Geld muß sich so schnell wie möglich verzinsen. Die Stimme verliert also in den meisten Fällen noch nicht über die genügende Stabilität, die der Opernbetrieb gerade in der Gegenwart erfordert, da die doppelte oder dreifache Besetzung eines Hauses nur noch an prominenten Opernbühnen ermöglicht werden kann.

Der junge Sänger wächst nicht mehr allmählich in seine Aufgaben hinein, sondern ist in vielen Fällen sofort ein- oder zweijähriger Tenor oder Bass. Wesslich muß ein junger lyrischer Tenor sogar den Madama oder Vologrin singen, wenn es dem älteren Kollegen schwerfällt. Erst jetzt, am Anfang der Vierziger, da die Stimme absolut ge-

festigt ist, wechselt ein Tino Battiera ins Feldentensorschicht über und singt den Tannhäuser.

Nicht nur der künstlerische Ehrgeiz läßt die jungen Künstler nach Rollen greifen, denen sie noch nicht gewachsen sein können, sondern auch die Möglichkeit, recht bald eine anständige Wage zu erhalten. Der individuelle Reiz einer Stimme ist jedoch bei Überanstrengung bald vernichtet. Wagner hat niemals Stimmen gemordet, wie oft zur Entschuldigung angegeben wird, aber ein harter, kleiner und weicher Tenor, der für Tamino, Fenton oder Almasion ausreicht, wird durch den Vologrin oder Walthor von Soling vernichtet, da ihm Volumen und Resonanz fehlen und er sich als Ersatz bis zum letzten forcieren muß. Beispiele dafür sind genug vorhanden, und so kommt es, daß die Bühnenlaufbahn noch vor dem Aufstieg und vor dem Engagement an ein großes Opernhaus endet und in verheißungsvollen Anfängen erlischt. Die Provinz bildet aber heute noch das große Sammelbecken für die Opernbühnen der Hauptstadt. Der Aufbau an jungen Stimmen, hauptsächlich durch die wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit verursacht, hat zu der grotesken Situation geführt, daß einerseits ein großes Angebot besteht und andererseits eine Nachfrage, die nicht befriedigt werden kann.

Wiedereröffnung des Alberttheaters. Das Alberttheater wird im September wieder in der alten Form, als Abonnements-Theater mit wechselndem Spielplan, unter der Leitung von Dr. Bernhard Wähler eröffnet.

Technische Hochschule Dresden. Der ordentliche Professor an der Handelshochschule Leipzig, Dr. Leo von Döbner, ist zum ordentlichen Professor der englischen Sprache und Literatur an der Technischen Hochschule in Dresden berufen worden.

Universität Leipzig. Dem Landgerichtsrat in Dresden, Dr. jur. Richard Fuchs, ist von der juristischen Fakultät der Universität Leipzig auf Grund der Qualifikationschrift: „Grundfragen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Verbände“ die Lehrberechtigung für Strafrecht erteilt worden.

Kammermusik I. M. Theodor Blumer †. Am Montag ist in Dresden plötzlich und unerwartet Kammermusik I. M. Theodor Blumer hochbetagt gestorben. Am 26. Dezember 1868 in Prag geboren, hat er also fast ein Alter von 64 Jahren erreicht. In den Ruhestand trat er 1913 und hat seinen Lebensabend in Dresden verbracht. Blumer hatte das Konservatorium seiner Vaterstadt Prag besucht,

das er nach sechsjährigem Studium als Solovioline verließ. Gleich darauf trat er als Erster Violinist in die Kapelle des Deutschen Landestheater in Prag ein. In dieser Stellung verblieb er fünf Jahre, darauf bewarb er sich um einen Posten in der Kgl. Musikalischen Kapelle zu Dresden. Nach erfolgreichem Konkurrenzspiel trat Theodor Blumer am 1. Januar 1879 in die Dresdener Hofoperkapelle ein, der er 34 Jahre als Violinist und schließlich bester Violinist angehört hat. 1883 erhielt er den Titel eines Kgl. Kammermusikanten; auch an Auszeichnungen durch Orden sollte es dem vorzüglichen Violinisten nicht. In seinen größten Lebensjahren zählte er, daß sein 1883 in Dresden geborener Sohn Theodor Blumer seine musikalische Erziehung geerdete hatte und sich als sein Schüler zu einem hervorragenden Musiker, Pianisten und Komponisten, entwickelte. Er ist jetzt als Kapellmeister am Mitteldeutschen Rundfunk tätig. Des nun verstorbenen Kammermusikanten Blumer werden zahlreiche Kollegen und Dresdener Musikfreunde jederzeit mit großer Hochachtung gedenken.

Erich Kleiber bei den Berliner Philharmonikern. Das Berliner Philharmonische Orchester hat Generalmusikdirektor Erich Kleiber von der Berliner Staatsoper die Leitung von sechs großen Sinfoniekonzerten übertragen. Als Solisten wurden dafür Maria Müller, Moritz Rosenfeld, Franz v. Vecsey und Wilhelm Bachhaus verpflichtet.

Parfäla-Jubiläum-Ausstellung in Eisenach. Aus Anlaß des 50jährigen Parfäla-Jubiläums wurde im Richard-Wagner-Museum in Eisenach am 26. Juli eine Parfäla-Jubiläum-Ausstellung eröffnet. Neben reichhaltigem Bild- und Pressematerial über die Uraufführung (26. Juli 1882 in Bayreuth) sind Skizzen, Photos und Notizen über die bemerkenswerten Parfäla-Angehörungen in aller Welt aufgestellt, weiterhin Kompositionsentwürfe, Notizen und Briefe Richard Wagners.

Vortführung der Düsselbacher Sinfoniekonzerne. Der Düsselbacher Musikverein in Düsseldorf hat in seiner letzten Sitzung die Vortführung der Düsselbacher Sinfoniekonzerne im kommenden Winter beschlossen und das Programm bekanntgegeben. Generalmusikdirektor Hans Weisbach übernimmt die Leitung der Konzerte, die aus drei Orchester- und drei Chorkonzerten bestehen. Fritz Fuchs und Richard Davemann sind als Solisten verpflichtet.

Waldfestspiele bei Bochum. Die deutsche Violinistin hat auf dem Bochumer Wienföpp eine neue Pflanzstätte gefunden. Im vergangenen Sommer wurde der Wienföpp zu einer Schaubühne umgewandelt, auf der in diesem Jahre die Pflanzstätte, bestehend mit seinem Eingang in Jerusalem und mit seiner Aufstellung aus-

Deutsches und Sächsisches Begen das Einheitsabstufungsgezet

Vom der Weisheitsstelle des Sächsischen Gemeindegewerksverbandes und des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände haben der Landtag und die sächsische Regierung das Gesetz über die Abstufung gewisser Marktanleihen beschlossen und verurteilt. Die Grundzüge dieses Gesetzes bilden eine Bestimmung in § 40 Absatz 2 des Reichsanleiheabstufungsgesetzes, wonach eine „weitergehende“ landesrechtliche Regelung möglich ist. Von dieser Ermächtigung hat sich das Land außer Sachsen Gebrauch gemacht.

Während also die Lage der sächsischen Gemeinden anerkanntermaßen die schlechteste in ganz Deutschland ist, die Zahl der Wohlfahrtsvereine ungeheuer über dem Reichsdurchschnitt liegt, andererseits die Spruchstellen im bisherigen Kulturwertverfahren zugunsten der Gläubiger gerade in Sachsen außerordentlich weit gegangen sind, wird durch das Gesetz eine neue Weisheitsmaßnahme der sächsischen Gemeinden ohne zwingenden Grund herbeigeführt, die sich nach der Regierungsvorlage selbst auf 85 bis 88 Millionen Mark insgesamt berechnet. Die Spitzenverbände der Gemeinden und Bezirksverbände haben deshalb alles versucht, um das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern, insbesondere weil auch die Reichsregierung bei Verhandlungen zu erkennen gegeben hat, daß sie gegen dieses sächsische Gesetz keine Bedenken habe und aus diesem Grunde bereits im Jahre 1931 diese Gesetzesvorlage einmal von der Regierung zurückgezogen worden ist. Es war deshalb zu befürchten, daß die so dringend notwendige Unterstützung der sächsischen Gemeinden mit Reichsbeschlüssen künftig nicht in dem Umfang wie bisher vor sich gehen würde. Dabei haben die Spitzenverbände auch darauf hingewiesen, daß an sich schwere rechtliche Bedenken gegen die materiellen Bestimmungen des Gesetzes bestehen, soweit sie von den grundsätzlichen Bestimmungen des Reichsanleiheabstufungsgesetzes abweichen. Diese Rechtsfrage wird noch besonders geprüft werden. Schon jetzt sind von Gemeinden Protesttelegramme an die Regierung gerichtet worden, denen sich insbesondere auch die in den Stadtverordnetenkollegien vertretenen Parteien angeschlossen haben.

Der Kampf der deutschnationalen Arbeiter

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Gruppe Strießen, unter Leitung von Proturist Richter, sprach Schloßer Paul über das Thema: „Der deutschnationalen Arbeiter und der Kampf um die Freiheit.“ Der Redner wandte sich in schärfster Form gegen die vierzehnjährige Mißwirtschaft des Sozialismus, die neben allen anderen Ständen besonders der deutsche Arbeiter auf das Schwerste zu haben habe. Es sei eine der ungeheuerlichsten Unwahrscheinlichkeiten der „Eisernen Front“ und der marxistischen Gewerkschaftsführer, wenn sie die Deutschnationalen Volkspartei und ihren Führer Jünger als Sozialreaktionäre beschimpften. In Wirklichkeit habe der Sozialismus das große sozialpolitische Erbe des Kaiserreiches restlos verwirft. Die sozialpolitische Verwirklichung sei das Werk Bismarcks gewesen, den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie, die sein Interesse an einer Entproletarisierung und am Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse hatte. Gemäß der marxistischen Verelendungstheorie ging das Ziel der Sozialdemokratie darauf aus, jedes Gesetz, das den Arbeiter aufrechten machen sollte, zu sabotieren. Nach der Revolte von 1918 habe sich der Sozialismus der Sozialpolitik bemächtigt, aber wiederum sei dies in der Endwirkung arbeiterfeindlich gewesen. Denn man habe den gesunden sozialpolitischen Gedanken so sehr überpannt, daß daran die Wirtschaft zugrunde gehen mußte. Das Opfer sei der Arbeiter in einem doppelten Sinne geworden. Er sei arbeitslos geworden und seine Beiträge für die Sozialversicherungen seien durch den Verbrauch der Reserven der Versicherungen entwertet worden. Heute habe eine vom Sozialismus zugrunde gerichtete Wirtschaft den Bankrott der Sozialversicherung zur Folge. Die erwachende Einsicht des Arbeiters werde durch den Terror in den Betrieben niederzuhalten versucht. Sozialismus bedeute Arbeitslosigkeit. Dieses prophetische Wort Jünger erweise sich heute jedem Arbeiter, der sich vom marxistischen Denken losgelöst habe, als unbedingt richtig. Sozialpolitik könne nur auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft stehen, die für die Arbeiterklasse sei. Deshalb müsse sich die Arbeiterklasse gegen die klassenkämpferischen Parolen der Sozialdemokratie und für die Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Berufsstände im Sinne Jünger entscheiden. Auch eine geistige Revolution sei notwendig. Nur kritische Gesinnung und Wiederaufrichtung der Monarchie seien die Grundlagen für den Neuaufbau eines wirklich sozial gerechten Staates. Der Kampf aller gegen alle müsse daher zum Untergang aller führen. Mit einem leidenschaft-

lichen Bekenntnis zur Deutschnationalen Volkspartei schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen ab.
Über das Thema „Der Freiheit entgegen“ sprach Dr. R. v. H. Der Redner betonte, daß es sich am 31. Juli darum handele, einen bereits geschlagenen Gegner, der sein letztes Bollwerk preislos geräumt habe, endgültig in kräftiger Verfolgung zu schlagen. Die Meinung in Preußen habe ein Kulturnur zur Folge gehabt. Nun handle es sich darum, keine nationale Stimme durch Herbspaltung einzubüßen. Die Deutschnationalen innerhalb der Reichspartei zu machen, sei ein Gebot politischer Klugheit.

Aus der Gesamtsitzung

Der Rat nimmt vom Gesamtsitzungsbereich und Jahresabschluss der Städtischen Sparkassen über das Rechnungsjahr 1931 Kenntnis. Der Abschluß ergibt einen Betriebsergebnis von 907.734,80 Mark, der in voller Höhe zur Abdeckung von Kursverlusten der Wertpapiere verwendet worden ist.

Das Frauenhaus C der ehemaligen Arbeitsbank an der Königsbrüder Straße soll unter Heranziehung von Wohlfahrtsvereinsmitgliedern zu dieser Arbeit zu Obdachlosenwohnungen ausgebaut werden. Der Aufwand von 80.000 Mark kann haushaltplanmäßigen Mitteln des Wohlfahrtsamtes entnommen werden, die zur Unterbringung von Obdachlosen und Beschäftigung von Wohlfahrtsvereinsmitgliedern vorgezogen sind.

Aus dem Konsulatwesen. Dem Konsul bei dem Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Velpitz, Richard R. Willig, ist namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Ausführung einer sozialistischen Versammlung. Wie wir vom Pressenamt des Polizeipräsidenten erfahren, ist gestern eine öffentliche Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei in Velpitz abgehalten worden, die von der Arbeiterpartei in Velpitz abgehalten wurde, weil eine in dieser Versammlung aufgetretene Spieltruppe (die sogenannten Nebelwälder) Darbietungen brachte, die sich als böswillige Verächtlichmachung christlicher Gebrauche darstellte. Ferner hat im Zusammenhang mit verschiedenen in der letzten Zeit vorgekommenen Kränkungen heute am frühen Morgen eine Durchsuchung des kommunikativen Sportplatzes in der ehemaligen Schloßkantine in der Vorstadt Velpitz stattgefunden.

Konteradmiral Kolbe spricht im Rundfunk über den Untergang der „Röder“. Deute Wiltmann W. W. spricht vor dem Sender in Hamburg, dem alle deutschen Sender angeschlossen sind, der fliegender Inspektor des Völkerrundfunks, Konteradmiral Kolbe, über den Untergang der „Röder“.

Jugendliche aus Vand. Inmitten eines herrlichen, alten Parkes am Postweg in Velpitz liegt, umrankt von seltenen ausländischen Schlingengewächsen, die ehemalige Villa Kalkreuth. Sie hat wiederholt den Besitzer gewechselt und gehört jetzt dem Berliner Wohlfahrtsverein „Deutsche Erholungsheime für Kinder und Jugendliche“. Untergebracht ist darin die Haushaltung, und Kinderpflegerinnen und das Kinderheim Postweg bei Velpitz, genannt „Viktoriahaus“. Mit seinem prächtigen Ausblick auf die Velpitzer Wälder und die dahinter liegende Sächsische Schweiz, mit seinem Strandbad, den Sportplätzen unter wundervollen dunkelgrünen Laubbäumen, seinen Terrassen und Spielplätzen ist das Heim ein idealer Erholungsort. Bei einer Besichtigung durch den Dresdner Hausfrauenverein in Velpitz betonte die Oberin V. Wiede in ihrer Begrüßungsansprache, daß das Viktoriahaus neuerdings die staatliche Anerkennung besitzt. Hier können schulfähige Mädchen Aufnahme in das Kinderheim finden, die eine praktische Ausbildung in Hauswirtschaft, Handarbeiten, Nähen und, falls sie keinen Abschluss höherer Schulen haben, sich theoretisch und praktisch auf die Aufnahmeprüfung für soziale Seminare vorbereiten können. Ein Kindergarten und schulwissenschaftliche Kurse sind angeschlossen. In einem besonderen Kindererholungsheim finden erholungsbedürftige Kleinkinder liebevolle Betreuung, besonders solche Dresdner Kinder, deren Mütter ohne sie eine Stelle antreten müssen oder wollen. Das Heim bietet gelegentlich der Besichtigung eine kleine Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen veranlassen, die praktisch zeigen, wie man den Tätigkeitskreis der Kinder fast ohne Kosten vielseitig anregen kann.

Eine Selbstschutzorganisation in Chemnitz

Chemnitz. Auf Anregung des Polizeipräsidenten hat Oberbürgermeister Klax einen Aufruf zur Bildung eines freiwilligen Selbstschutzes erlassen. In dem Aufruf heißt es, das Polizeipräsident habe mitgeteilt, die staatliche Polizei könne unter Umständen bei Unruhen auf dem linken Lande, falls diese an mehreren Stellen zu gleicher Zeit auftreten sollten, so in Anspruch genommen sein, daß sie nicht rasch genug in der Lage sei, den notwendigen polizei-

lichen Schutz für wichtige städtische Gebäude zu stellen. Es solle daher ein städtischer Selbstschutz gebildet werden, der jedoch nur in äußersten Notfällen zum Schutze dieser Gebäude in Tätigkeit treten solle. Dieser Selbstschutz soll zum Teil mit Pistolen ausgerüstet werden. Die Ausbildung des Selbstschutzes übernehme die staatliche Polizei. Alle diejenigen, die gewillt seien, diesem Selbstschutz mit oder ohne Waffe beizutreten, werden gebeten, sich zu melden.

Wie wir auf Anfrage an zuständigen Stelle in Dresden erfahren, handelt es sich bei dem Aufruf um eine von der Regierung weder veranlaßt noch gebilligte Maßnahme, die offenbar auf eine, zum Teil irrige, Auslegung einer internen Dienstweisung an die Kreisbauhaupte und Polizeipräsidenten zurückzuführen ist. In dieser Dienstweisung wird allerdings die Einrichtung eines Selbstschutzes für gewisse Anlagen und Betriebe behandelt. Von städtischen Anlagen sind lediglich die technischen Werke erwähnt. Selbstverständlich soll die Polizei nicht nur gewillt, sondern auch dazumachen in der Lage, die Mitarbeiter und anderen gemeindebehördlichen Dienstgebäude zu schützen.

Stadtverordneter als Revolverheld verhaftet

Venig. Im benachbarten Chudorf kam es kürzlich zu einem Feuerüberfall von Reichsbannerleuten auf Nationalsozialisten. Dabei wurden etwa zehn Schüsse auf die Nationalsozialisten abgegeben. Einem Revolverhelden, der Verwundungen hatte, konnte die Waffe, eine Armeepistole, entwendet werden. Nunmehr wurde der Revolverheld in der Person des S.P.D.-Stadtverordneten und Räumungsverinslagerhalters Kurt Wetzel aus Venig ermittelt. Wetzel wurde festgenommen und dem Amtsgerichtshaus in Venig angeklagt. Er wird sich wegen Totschlagsversuchs in Verbindung mit Vergehen gegen die letzte Notverordnung zu verantworten haben.

Letzte Sportnachrichten

Bozländerkampf Deutschland - Amerika um 24 Stunden vertoben

Der Länderkampf Deutschland gegen U.S.A., der in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch (M.C.) in Chicago statt finden sollte, ist wegen Regenwetters um 24 Stunden vertoben worden. Er wird also in der kommenden Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag (M.C.) ausgetragen.

Endstand des Münchener Schachturniers

Der im Münchener Schachturnier außer Wettbewerb mit spielende Altmüller Dr. F. A. r. a. s. h. blieb allein ungeschlagen und legte mit beträchtlichem Vorsprung, und zwar mit 7 P. vor Gahn 5 1/2 P.



Der Mensch ist doch kein Fag

Mit dem Mund als Trichter und dem Hals als Schlauch. So geht das Wasser, das „Aroma“, verloren. Wenn man sich mal richtig kräftig erfrischen will, dann soll man Struwe Gold nehmen und es l.a.n.g.l.a.m. trinken — also nicht einfach in den Schlund gleiten l.a.n.g.l.a.m. trinken, und man schmeckt die reiche Würze von Struwe Gold mit dem vollen, fruchtigen Zitronengeschmack viel besser.

stimmend, dargestellt wird. Die Aufführung wird durch über 300 Balletspieler ausgeführt.

* Eine neue Operette von Arthur Honegger. „Le Roi Pausole“, eine neue Operette von Arthur Honegger, gelangt dieser Tage im Kuriaaltheater Genf zur Uraufführung. Für die Aufführung, die unter der Stabführung von Hans Haugis vom Stadttheater Basel steht, sind erste Pariser Kräfte gewonnen worden.

* Neuheiten der Wiener Staatsoper. Die Wiener Staatsoper will während der kommenden Spielzeit die folgenden Neuheiten in ihren Spielplan aufnehmen: „Sout im Schloß“ von Arko. „Der Jahrmarkt von Sorokisjinski“ von Russoraki. „Beister Namenlos“ von Robert Oeger und „Le pauvre maillot“ (der arme Matrose) von Milhaud.

* Rari Velle †. Der Leipziger Schriftsteller Karl Velle ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Velle war längere Zeit im Leipziger Müllfahnenhandel tätig und Mitarbeiter des Deutschen Reichs-Adressbuchs und von Storms Rundschau. Seit 1898 schrieb er für verschiedene politische Zeitungen. Velle war l. Vorsitzender des Vereins Leipziger Presse, Vereinigung freier Schriftsteller, e. V.

* Ein nordböhmisches Heimatdichterschor. Wieder einmal hat der Tod einen Vertreter des deutschböhmisches Schrifttums dahingerafft: den Heimatdichterschor Josef Schwaab, dem die nordböhmisches-mundartliche Volksbildung viel verdankt. Schwaab, der aus Böhmisches Rannitz gebürtig ist, war seit 1907 in Völlen gewirkt, nachdem er vorher mehrere Jahre in Dresden gewirkt hatte. Schwaab hat Wertvolles im Dienste der Heimatpflege geleistet.

* Deutscher Dank für die Goethe-Jahrhundertfeier im Ausland. Das deutsche Schrifttum wird gemeinsam mit den übrigen deutschen Kulturinstitutionen für die im Ausland zu Ehren des hundertsten Todesjahres von Goethe veranstalteten Feierlichkeiten Dankschreiben erlassen. So hat der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, die deutsche Section des Venedigs und die Deutsch-Französische Gesellschaft ihren Dankschreiben an Painlevé als Vorsitzenden des französischen Komitees für die Goethe-Jahrhundertfeier gerichtet, in dem auf das kulturverbindende Element solcher Feiern hingewiesen wird.

* Deutsche Architekten im Ausland. Der als Krankenhäuserbauer bekannte Berliner Architekt Ernst Ropp, der Schöpfer des Martin-Luther-Krankenhaus in Wilmersdorf und des Hauptstadt-Krankenhaus in Alexandrien, hat den Auftrag zum Entwurf eines Krankenhauses für die deutsche Kolonie in Rio de Janeiro erhalten. Bei dem Wettbewerb für den Neubau des Kollegien-

gebäudes der Universität Basel erkannte das Preisgericht dem Architekten Hans Schenker, Stuttgart, den 1. Preis zu. — Architekt Paul Trübinger, Stuttgart, erhielt bei einem Wettbewerb für einen Bedachungsplan der Stadt Lausanne den 5. Preis.

Heilerfolge mit neuem „Ultraturzwelnsender“

Große Tiefenwirkung — Ueberraschende Wirkung der kurzen Wellen auf Bakterien — Künstliches Fieber durch elektrische Strahlen

Vor längerer Zeit schon wurde von sonderbaren Fiebererkrankungen bei Menschen berichtet, die in der Nähe von Kurzwelnsendern beschäftigt waren. Daß die elektromagnetischen Wellen in jeder Form, als Licht wie als Wärme, als Schall wie als unvorstellbare Strahlung, als ultravioletter Strahl wie als Stromkreis im Innern der Zelle, auf alle Lebensvorgänge unmittelbar einwirken, ja vielleicht die entscheidende Voraussetzung für sie sind, das ist die wertvollste Frucht aus der Zusammenarbeit von naturwissenschaftlicher und biologischer Forschung der letzten Jahre. Die Medizin vermag die Heilkräfte elektrischer Strahlung in Form der Diathermie. Welt bedeutendere Heilwirkungen darf man aber von der Verwendung der Ultraturzwelnsender erwarten. Aber die in einer Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft Dr. Erwin Schliephake (Universität Jena), ein Vorkämpfer auf diesem Gebiete, berichtete.

Von der Siemens-Weininger-Werke ist nach den technischen Mitteln ein Ultra-Kurzwelnsender gebaut worden, der eine gefahrlose Anwendung der neuen Strahlen ermöglicht. Mit einer Schwingung von rund 100 Millionen wird hier eine viel höhere Frequenz als bei der Diathermie gewonnen. Dadurch wird die außerordentlich wichtige Wirkung erzielt, daß man mit diesem Ultraturzwelnsender eine weit bedeutendere Tiefenwirkung erzielt, als mit der Diathermie. Dadurch kann die Heilkräfte elektrischer Strahlung auch für tief liegende Organe und Körperstellen verwendet werden, die bisher mit der Diathermie entweder überhaupt nicht oder nur sehr mangelhaft erreicht werden konnten. Eine wesentliche Verbesserung gegen das Diathermieverfahren wird dieser Ultra-Kurzwelnsender auch dadurch bringen, daß Verbrennungen mit ihm ausgeschlossen sind. Denn die Elektroden werden nicht mehr an den Körper des Patienten

angelegt, im Gegensatz zu den älteren Hochfrequenzverfahren wird der Strom dem Körper nicht von außen zugeführt, sondern durch die Feldwirkung als Sekundärstrom erst im Innern des Organismus erzeugt.

Nach den Beobachtungen Dr. Schliephakes konnten die Ultraturzwelnsender besonders gut bei eitrigen Erkrankungen, Furunkeln, Karbunkeln, Abszessen, Entzündungen verwendet werden, bei denen überraschend gute Ergebnisse erzielt wurden. Selbst in den hartnäckigsten Fällen, die monatelang nach anderen Methoden behandelt worden waren, verschwanden die Eiterherde nach verhältnismäßig kurzer Zeit vollkommen. Ferner wurden Erfolge erzielt bei Gelenksentzündungen, Erythrasmen, Arteriosklerose, Verwundungen an Tieren ergaben, daß durch Bestrahlung des Gehirns und des Rückenmarks der Wärmehaushalt im Körper beeinflusst werden konnte. Hier ergibt sich ein Anknüpfungspunkt zu einer eindrucksvolleren Erkenntnis und Behandlung der Erkränkungen und Krankheiten.

Mit allen diesen Fällen ist aber der Anwendungsbereich dieser neuen Methode zweifellos noch nicht erschöpft. Wir stehen erst am Beginn einer neuen medizinischen Technik, die die größten Aussichten nach verschiedenen Seiten eröffnet. Von außerordentlicher Bedeutung ist z. B. die überraschende Wirkung der kurzen Wellen auf Bakterien. Tuberkelbazillen werden in ihrem Wachstum stark gehemmt, andere Bakterien sterben schon bei relativ niedrigen Temperaturen. Das letzte Ziel wäre hier natürlich, Bakterien im menschlichen Körper durch solche Kurzwelnsender bei Temperaturen zum Aussterben zu bringen, die der Organismus ohne weitere Schädigung verträgt. Durch eine geniale Methode Wagner-Jauregg's wird ja schon ein solches Prinzip angewandt: durch Malaria, die ja ein sehr hohes Fieber verursacht, wurden die Temperaturen erzeugt, die die Erreger der Geisteskrankheit abtöten. Selbstverständlich wäre es weitläufig unangehöriger, durch Bestrahlung mit kurzen Wellen künstliche Fieber zu erzeugen mit der gleichen Wirkung wie bei der Malaria.

Bei der Bekämpfung des Krebses hat die Strahlenbehandlung eine immer vielfältigere und erfolgreichere Verwendung angenommen. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Ultraturzwelnsender auch hier eine wertvolle Bereicherung für die Krebsbestrahlungsmethoden darstellen könnten. Es kommt das weite Gebiet der inneren Krankheiten dazu, bei denen in den meisten Fällen die Zuführung von Wärme außerordentlich günstig auf den Verlauf der Krankheit wirkt. Die technische Medizin hat also hier ein großes Forschungsvorhaben vor sich, das hervorragende praktische Erfolge gebracht hat und für das die berechnete Aussicht besteht, weitere unmittelbare praktische Erfolge zu erzielen.

